

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 7. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 12.01.2012</p>

Beginn: 15.15 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmänn

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck in Vertretung für
Herrn Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Frau Kamp
Frau Sewz
Frau Kleemann
Herr Höing
Herr Lübbling von Gärtner
Herr Eickhoff
Herr Viering
Herr Polzin
Herr Schobeß
Frau Wiese
Frau Köhnlein
Frau Nanninga
Frau Dr. Stachl

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

III Gäste

Herr Oertel
Herr Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck

Naturschutzbeirat
INFA Institut für Abfall, Abwasser und
Infrastruktur – Management GmbH

IV Gastdeputierte

Herr Jägers
Herr Hamann
Herr Saffe
Herr Hipp

SPD
SPD
Bündnis 90 / Die Grünen
CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 7. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Herr Senator Dr. Lohse teilt mit, dass

TOP 8	Umbau Verwaltung Infrastruktur (UVI) -1-	Vorlage L/S 18/82
-------	--	----------------------

zurückgezogen wird.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: - Protokoll 18/05 der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 24.11.2011 - Protokoll 18/05 der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 24.11.2011 - NICHT ÖFFENTLICH - Protokoll 18/06 der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 08.12.2011)	L/S
-------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe Land.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 111. Änderung Neustadt (Hanna-Kunath-Straße)	Vorlage 18/87
-------	---	------------------

	(Bearbeitungsstand: 24.01.2011) - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -64- / -FB 01-	
--	--	--

- einstimmig -

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 79 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma AES System GmbH an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand: 08.07.2011) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -64- / -FB 01-	Vorlage 18/83
--------------	--	------------------

Frau Dr. Schierenbeck hält es für sehr positiv, dass im Durchführungsvertrag vereinbart wurde, die energetischen Anforderungen besonders hoch festzulegen und zwar über den Werten der gültigen Energieeinsparverordnung.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 79 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma AES System GmbH an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand: 08.07.2011) abgesehen wird.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 79 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma AES System GmbH an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-Neustadt (Bearbeitungsstand: 08.07.2011).

-einstimmig -

TOP 6	Bebauungsplan 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 Bau-gesetzbuch - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe -Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 21.12.2011) - Planaufstellungsbeschluss - Absehen von frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung	Vorlage 18/84
--------------	--	------------------

	- Beschluss zur öffentlichen Auslegung - 61 -/ -FB 01-	
--	---	--

Herr Arndt berichtet, dass sich der Beirat mit dem Thema ausführlich befasst habe. Der Beirat äußert die Bitte, im Rahmen der Bebauung möglichst viele energetischer Maßnahmen (Photovoltaik, Gestaltung der Fassade usw.) durchzuführen. **Herr Arndt** bittet zum Punkt 6 (Flächen zum Anpflanzen von Bäumen), ebenso wie bei der Vorlage zum Nutzfahrzeugezentrum in der vergangenen Deputation, möglichst große Flächen mit Rasensteinen zu versehen, um der Versickerung Vorschub zu leisten. Der Beirat bittet zudem das Ressort darum, den Investor aufzufordern, eine kleine dreieckige Fläche im Bereich Durchstich der Europaallee mit zu übernehmen und dort eine Begrünung vorzunehmen.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe -Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße der Bebauungsplan 2428 (Bearbeitungsstand: 21.12.2011)

- 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Bebauungsplan 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 21.12.2011) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2

Nr. 1 BauGB abgesehen wird.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe -Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 21.12.2011) einschließlich Begründung zu.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 BauGB - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweyhe-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße (Bearbeitungsstand: 21.12.2011) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

- einstimmig -

TOP 7	Bebauungsplan 2427 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Osterfeuerberger Ring, Fleetstraße, Glücksberger Straße, Holsteiner Straße	Vorlage 18/88
-------	--	------------------

	und Auguststraße -FB 01-	
--	------------------------------------	--

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage mittrage, die Ergebnis der entsprechenden Bürgerschaftsdebatte war. Gleichwohl sei es problematisch, dass die Vorlage die Fraktion erst so kurzfristig erreicht habe. Er bittet darum, kurzfristige Unterlagen spätestens 2 Tage vor der Sitzung zu übersenden.

Herr Senator Dr. Lohse entschuldigt sich für die späte Übersendung. Gleichwohl habe hier die Verwaltung sehr schnell nach der Bürgerschaftsdebatte die Vorlage erstellt und abgestimmt.

Herr Viering weist darauf hin, dass der Bürgerschaftsbeschluss von ca. Mitte Dezember 2011 war. Eine frühere Zuwendung war – trotz des Jahreswechsels- nicht machbar, da bestimmte Verfahrensschritte eingehalten werden mussten. Die Eilbedürftigkeit werde aufgrund eines laufenden Gerichtsverfahrens gesehen.

Herr Pohlmann bedankt sich für schnelle Erstellung die Vorlage. Es sei wichtig, Lücken in dem bisherigen Bebauungsplan zu schließen, die es bislang noch ermöglichen würden, bestimmte – nicht gewollte – Bauvorhaben dort zuzulassen. In diesem Fall sei die kurzfristige Zuwendung begründbar.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Walle zwischen Osterfeuerberger Ring, Fleetstraße, Glücksburger Straße, Holsteiner Straße, Auguststraße und Flensburger Straße (Bearbeitungsstand: 05.01.2012) ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, das Planverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes 2427 zügig fortzuführen.“

- einstimmig -

TOP 8	Umbau Verwaltung Infrastruktur (UVI) -1-	Vorlage L/S 18/82
--------------	--	----------------------

- zurückgezogen -

TOP 9	Einsetzung und Besetzung eines städtischen Ausschusses zur Vergabe von in den Haushalt eingestellten Wettmitteln und von Einnahmen aus der Umweltlotterie BINGO -20-	Vorlage 18/81
-------	--	------------------

Herr Senator Dr. Lohse bittet die Fraktionen um die Vorschläge:

Herr Pohlmann schlägt **Herrn Hamann, Herrn Gottschalk** und **Herrn Pohlmann** vor.
Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schlägt **Frau Dr. Schaefer** und **Frau Dr. Schierenbeck** vor.

Herr Hipp schlägt **Herrn Imhoff** und **Herrn Strohmann** vor.

Herr Arndt schlägt **Herrn Arndt** vor.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie setzt den genannten städtischen Wettmittelausschuss ein und überträgt ihm die in der Vorlage aufgeführten Aufgaben gemäß § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Deputationen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie wählt die vorgeschlagenen Mitglieder in den städtischen Wettmittelausschuss.

- einstimmig -

TOP 10	Überprüfung der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen -23-	Vorlage 19/89
--------	--	------------------

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt **Herrn Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck** vom Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur – Management GmbH (INFA).

Herr Senator Dr. Lohse führt in das Thema ein. Es bestehe die gesetzliche Notwendigkeit, die bisherige Gebührenordnung zu überarbeiten, um sie transparenter und kostengerechter zu gestalten. Daher bedürfe die Struktur der Gebührenordnung einer Überarbeitung. Zudem habe das Ressort der Deputation bereits in der Sitzung am 08.12.2011 im Rahmen der Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens Abfall mitgeteilt, dass es ein Gebührendefizit von 15 % gebe. Die Gebühren konnten in den letzten 16 Jahren stabil gehalten werden. Dies bedeute bei einer durchschnittlichen jährlichen Geldentwertung von ca. 2 %, dass die Abfallentsorgung in dieser Zeit um mehr als 30 % effizienter und kostengünstiger geworden ist.

Herr Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck erläutert ausführlich die Gründe für eine Gebührenerhöhung in Bremen. Es werde nach der Novellierung der Gebührenordnung Menschen geben, die weniger Gebühren zahlen, aber auch Menschen, die mehr zahlen. Daher habe sich das Institut an engen Kriterien (u.a. Rechtssicherheit, Gebührengerechtigkeit) in Zusammenarbeit mit dem Ressort orientiert. Insbesondere die derzeitige Degression bei den Großbehältern sei unzulässig.

Herr Prof. Dr. -Ing. Gellenbeck berichtet ausführlich über die Trends in anderen Städten, die eindeutig die Einführung einer Grundgebühr für Haushalte und Wohnungen zeigen. Dieser Maßstab berücksichtige auch demographische Aspekte. Der Haushaltsmaßstab mache auch aus Gerechtigkeitsgründen Sinn. Es sei nachweisbar, dass ein Haushalt insgesamt abfallwirtschaftliche Kosten relativ unabhängig von der Personenzahl im Haushalt produziert. 30 % der Kosten über eine haushaltsbezogene Grundgebühr einzunehmen, sei ein moderater Einstieg.

Herr Gottschalk sieht die Vorlage ebenfalls als einen ersten Vorschlag, der unterbreitet wird. Für die weitere Diskussion gebe es in drei Punkten noch Informations- und Klärungsbedarf:

1. **Herr Gottschalk** bittet darum, die Frage der rechtlichen Änderungen in gut aufbereiteter Form der Deputation als weitere Arbeitsgrundlage zur Verfügung zu stellen und zu präsentieren.
2. Zum Thema Gebührengerechtigkeit werden noch grundlegende Informationen zu den Kostenstrukturen benötigt. Insbesondere zu der Frage der zurechenbaren Fixkosten sowie zu den Entstehungskosten. Hierzu benötige seine Fraktion verschiedenen Szenarien zur Entscheidung.
3. Bei den Großbehältern gebe es das größte Einsparpotenzial. Hier werden Informationen benötigt, wie das Sparmodell umgesetzt werden bzw. wie es technisch realisiert werden soll, wie es zum bisherigen Abrechnungssystem der Wohnungsbaugesellschaften passt, und wie reagiert werden soll, wenn bestimmte Wohnungsbaugesellschaften sich destruktiv zeigen.

Herr Gottschalk bittet um einen entsprechenden Bericht insbesondere zu den Gesprächen mit der Wohnungswirtschaft vor der Sommerpause.

Herr Imhoff kritisiert, dass seine Fraktionen erste Informationen zur Gebührenerhöhung direkt aus der Zeitung erhalten habe. **Herr Imhoff** fragt nach, ob die betriebsinternen Strukturen bereits überprüft wurden, da auch hier ggf. Kosten gesenkt werden könnten. Die Gebührengerechtigkeit sei bei einer Gebühr pro Haushalt für ihn nicht gegeben, wenn er an die Rentner- und Singlehaushalte denke. Auch der Umgang mit den Großbehältern sei noch zu diskutieren. Seine Fraktion habe erheblichen Diskussionsbedarf.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass der Haushaltsgesetzgeber den Ressorts den Auftrag gegeben habe, Leistungen auch kostendeckend durchzuführen. Insofern sei hier auch die Notwendigkeit einer Anpassung der Gebührenordnung gegeben. Für ihre Fraktion stehen neben der Gebührengerechtigkeit und der Sozialvertraglichkeit auch die ökologischen Anreize zum Gebührentrennen im Vordergrund. Es sei positiv, dass Gespräche mit allen Interessengruppen gesucht werden, insb. mit den Wohnungsbaugesellschaften. Auch bei ihrer Fraktion gebe es noch offenen Fragen zur Umsetzung in Großwohnanlagen bzw. bei Großcontainern. Der ökologische Anreiz zum Trennen könnte beispielsweise über die Anzahl der Leerungen erhalten bleiben. Zu den Großwohnanlagen hat **Frau Dr. Schaefer** die Bitte, die neuen Systeme allen Benutzerinnen und Nutzern verständlich zu machen und die Informationen in einfacher Sprachweise und in verschiedenen Sprachen herauszugeben. Die Frage des Sperrmülls sei gesondert zu betrachten. Hierzu bittet **Frau Dr. Schaefer** um eine gesonderte Berichterstattung zu einer der nächsten Sitzungen.

Frau Dr. Schierenbeck erläutert den Konflikt, dass einerseits die Müllmengen reduziert und andererseits die Mindestlöhne eingeführt werden sollen. Die Tarifsteigerungen sollen auch für die Müllwerker umgesetzt werden. Wenn 16 Jahre keine Gebührenerhöhungen stattfanden, könne man hieraus auf eine erhebliche Senkung der internen Kosten schließen. **Frau Dr. Schierenbeck** fragt nach, ob auch eine Indexierung der Müllgebühren möglich sei.

Herr Arndt berichtet von Beobachtungen in der Nachbarschaft. Leider musste er feststellen, dass die Mülltonnen unkontrolliert befüllt wurden. Insofern müsste die Möglichkeit gegeben sein, die Leerungen leicht zu reduzieren und erst dann zusätzliche Gebühren zu erheben, wenn diese Anzahl erreicht ist. **Herr Arndt** fragt nach, ob die Einnahmen aus Wertstoffen in das Gebührenmodell eingerechnet wurden und welche Regelungen es für einkommensschwache Haushalte gibt.

Herr Pohlmann erklärt, dass eine Gebührengerechtigkeit sichergestellt werden muss. Er bittet darum, im weiteren Verfahren eine fachgerechte Diskussion zu führen. Es ist eine praktikable Lösung notwendig. **Herr Pohlmann** erklärt für die Koalitionsfraktionen, dass der Beschlussvorschlag aufgrund der umfassenden Debatte auf eine Kenntnisnahme geändert werden soll. Es sei verfrüht, der vorgeschlagenen Überarbeitung der Gebührenordnung in ihren Grundstrukturen zuzustimmen. Zunächst seien die weiteren fachlichen Fragen zu klären.

Herr Schmitz erklärt bezogen auf den Wortbeitrag von **Frau Dr. Schaefer**, dass nicht der Eindruck entstehen dürfte, dass Menschen mit Migrationshintergrund „Nachhilfe“ in Sachen Mülltrennung benötigen. Es gebe überall Menschen mit und ohne Umweltbewusstsein.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass sie dies keinesfalls so gemeint habe. Es gehe darum, dass die Flyer leicht verständlich sind.

Herr Jägers hält es für notwendig, mit den erwirtschafteten Gebühren dafür sorgen, dass die Müllwerker ein Einkommen über dem Mindestlohn haben. Die 16 Jahre der Gebührenstabilität seien auch durch Lohnverzicht der Arbeitnehmer erzielt worden.

Herr Hamann spricht von Entwicklungen, die dahin gehen, den Müll komplett ungetrennt einzusammeln und ihn später weitgehend automatisch zu trennen. Er bittet hierzu um eine Stellungnahme.

Herr Senator Dr. Lohse stellt fest, dass sich im Laufe der Diskussion drei größere Themenkomplexe herauskristallisiert haben:

1. Dokumentation des Rechtsrahmens (welche Änderungen der europäischen Gesetzgebung gibt es, welche Änderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes führen zu welchen äußeren Rechtszwängen, welche neue Rechtsprechung gibt es?)
2. Finanzen (Kostenstrukturen, Einsparpotenziale, Fixkosten, Verhältnis von Fixkosten und variablen Kosten; wie verhält sich dazu das vorgeschlagene Modell in Relation zu den leistungsbezogenen Gebühren), Gegenrechnung der Wertstoffe etc.
3. Behälterstrukturen, Stoffströme, wie soll mit dem Thema Sperrmüll umgegangen werden.

Herr Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck erklärt, dass sein Institut nicht den Auftrag hatte, eine Kostenoptimierungsuntersuchung durchzuführen. Die öffentlich bekannten Benchmarks zeigen aber, dass Bremen sehr gut dastehe. Man könne immer interne Strukturen verbessern. Dies werde aber nicht verhindern, eine neue Gebührenstruktur einzuführen. Bei der Einführung einer haushaltsbezogenen Grundgebühr dürfen nur fixe Kosten einfließen. Die Grundgebühr dürfe nicht höher sein als die fixen Kosten. Bei dem neuen Vorschlag liege der Fixkostenanteil der Gebühren deutlich über 50 %. Die Anreize für das getrennte Sammeln sollen erhalten bleiben. Dazu sollen lediglich 30 % der Gebühren über eine Grundgebühr eingenommen werden. Die Erlöse aus der Wertstoffvermarktung seien selbstverständlich gegen gerechnet. Eine Indexerhöhung sei nicht möglich, da das Bremische Gebühren- und Beitragsgesetz vorgebe, dass nach drei Jahren Überschüsse und Unterschüsse ausgeglichen werden müssen. Es gebe Untersuchungen für automatische Mülltrennung. Die kunststoffverarbeitende Industrie konnte die Kunststoffe nicht mehr verwerten, da die Produkte leichte Abfallgerüche hatten. Die Rechtsprechung gebe zudem die Getrennthaltung vor. Ab 2015 sind alle Metalle und Kunststoffe und auch Bioabfälle flächendeckend getrennt zu erfassen. Die Umsetzung ist noch in einer nachgeordneten Bundeswertstoffverordnung zu regeln. Vermutlich werde dies über das „Gelbe System“ erfolgen. Das Gleiche gilt für den Abschöpfkreis der Bioabfälle.

Der Wunsch, dass auch in Großwohnanlagen Verwertungsquoten erreicht werden, wie in Ein- oder Zweifamilienhäusern, werde sich nicht erfüllen. Analysen hätten aber ergeben, dass das Pro-Kopf-Aufkommen aus Großwohnanlagen (inklusive Sperrmüll) nicht höher ist, als in Ein- und Zweifamilienhausstrukturen. Alle Aspekte im Sinne von Gebührengerechtigkeit, Rechtssicherheit und Ausgewogenheit und Leistungsgerechtigkeit wurden berücksichtigt. Das System habe er bereits in rd. 60-70 Städten eingeführt. Alle Anregungen seien für ihn auch nicht neu.

Frau Dr. Schierenbeck spricht die Recyclinghöfe an. Deren Finanzierung war nach ihrer Wahrnehmung in der Vergangenheit nur zum Teil abgesichert. Sie fragt nach, ob im Rahmen der Gebührenumstrukturierung die Zukunft der Recyclinghöfe auf sicherere Beine gestellt werden kann.

Aus ihrer Sicht stelle die Mindestleerung eine verdeckte zweite Grundgebühr dar. Sie regt an, auf die Mindestleerungen zu verzichten.

Herr Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck erklärt, dass die Recyclinghöfe in der Gebührenbedarfsberechnung mit abgebildet werden. Zur Frage des Verzichts auf Mindestleerungen müsse die Politik die Schnittgrenze zwischen Anreizwirkung / Vermeidung / getrennter Sammlung einerseits

und Kostendeckungssicherheit und Stadtsauberkeit andererseits finden. Hier müsse es eine sinnvolle Ausgewogenheit geben.

Herr Jägers fragt nach, ob die Gebühren so kalkuliert worden seien, dass Löhne oberhalb der Mindestlöhne gezahlt werden können.

Herr Gottschalk erklärt, dass die Entsorgung an die ENO ausgelagert wurde. Die ENO habe nach wie vor die Tarife übernommen, die auch vor der Ausgliederung galten. Die Frage der Mindestlöhne stehe daher hier nicht im Raum.

Herr Imhoff bittet darum, seine Frage zu internen Strukturen und Einsparpotenzialen zu beantworten.

Frau Dr. Kellner-Stoll macht darauf aufmerksam, dass es sich nicht um städtische Bedienstete handelt. Vielmehr werde alles, was der kommunalen Abfallwirtschaft zuzurechnen ist, natürlich als Kosten in der Gebührenbedarfsberechnung auftauchen und von den Gebührenzahlerinnen – und zahlern zu finanzieren sein. Die Tatsache, dass überhaupt erst nach 16 Jahren die Gebühren erhöht werden müssen, sei darauf zurückzuführen, dass sehr gut gewirtschaftet und sehr gut verhandelt wurde. Trotzdem werden auch Löhne gezahlt, die auskömmlich sind.

Frau Dr. Schaefer fragt nach, inwieweit die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sich auch auf diese Art von Gebührenordnung auswirken wird. Es solle erreicht werden, Bioabfälle mehr energetisch zu verwerten. Dies müsse im Prozess mit berücksichtigt werden.

Herr Prof. Dr.-Ing. Gellenbeck berichtet, dass der Novellierungsentwurf noch im Vermittlungsausschuss zu Fragen der gewerblichen Sammlung bearbeitet wird. Es gehe darum, inwieweit die Privatwirtschaft an Wertstoffe noch herankommen kann, die derzeit für die öffentlichen Entsorgungsträger überlassungspflichtig sind.

Frau Dr. Kellner-Stoll erklärt, dass Bremen bereits jetzt sehr gut in Hinblick auf die zu erwartenden Novellierungen des Kreislaufwirtschaftsabfallgesetzes aufgestellt sei. Auch Abfallberatung in fremden Sprachen werde bereits jetzt durchgeführt. Abfallberatung müsse im Gebührensystem auch mit abgedeckt werden. Es werde aber nicht gelingen mit der Abfallberatung, alle Menschen zu erreichen.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert den weiteren Prozess, der in der Vorlage beschrieben wurde. Die Deputation werde zum frühesten möglichen Zeitpunkt über die neuen Entwicklungen berichten. Es müsse sichergestellt werden, dass die Gebühren in den nächsten Jahren stabil bleiben. **Herr Senator Dr. Lohse** lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 11	NEUFASSUNG Aufstellungsbeschluss Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2020/2025 -5-	Vorlage 18/73
--------	--	------------------

Herr Pohlmann erklärt, dass es in der Neufassung gelungen sei, die Punkte, zu denen Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf bestand, einzufügen. Gerade hinsichtlich der Anbindung der Wirtschaftsverkehre seien gute Formulierungen gefunden worden. Die SPD unterstütze die Vorlage. Es müsse nun gelingen, insbesondere die Menschen vor Ort, die Fachöffentlichkeit und die Beiräte einzubinden. **Herr Pohlmann** fragt nach, wann dies im Verfahren erfolgen soll. Er halte eine breite und intensive Debatte für notwendig.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass Ihre Fraktion den Aufstellungsbeschluss ebenfalls unterstütze. Auch ihre Fraktion habe ein großes Interesse daran, dass die breite Öffentlichkeit und die Beiräte an dem Prozess beteiligt werden.

Herr Hipp fragt nach der Umsetzung des Konzeptes und danach, wie die Finanzierung erfolgen soll. Er bittet um Auskunft, ob und in welchem Umfang in der mittelfristigen Finanzplanung die Umsetzung des VEP Mittel bereits vorgesehen wurden.

Herr Jägers freut sich auf spannende Diskussionen, insbesondere zu der Frage, wie der ÖPNV sowie Fuß- und Radwegeverkehr durch geeignete Maßnahmen gestärkt werden sollen. Diese drei Verkehrsarten sollen zur vollwertigen Alternative gegenüber dem KfZ-Verkehr entwickelt werden. Hierzu werde es viel Diskussionsbedarf geben. Auch die Frage der zukünftigen Unterhaltung und Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur soll lt. VEP untersucht werden. Zudem werde die Anbindung Bremerhavens eine spannende Angelegenheit. Daher müsse man sich mit der notwendigen Transparenz mit den einzelnen Schritten auseinandersetzen.

Herr Strohmann hält die Neufassung für eine gute Arbeitsgrundlage. Insbesondere die zeitliche Agenda sei hilfreich. **Herr Strohmann** bittet um Auskunft, welche Organisationen gewerblicher Art eingebunden werden sollen.

Herr Arndt begrüßt, dass der Verbund zwischen Fuß- und Radverkehr sowie dem ÖPNV so ein großer Stellenwert eingeräumt wird. Er hoffe, dass die Diskussionen dazu führen, dem Radverkehr einen eigenen Haushaltstitel zuzuführen. **Herr Arndt** bittet darum, in dem Verkehrsentwicklungsplan auch das Thema Eine Stadt – Ein Tarif weiter zu bearbeiten und einer endgültigen Lösung für alle Nutzerinnen und Nutzer zuzuführen. Zudem sollte längerfristig auch der Takt der RS 1 nach Achim und Verden erhöht werden.

Herr Polzin erklärt, dass ein Plan entwickelt werden soll, der nicht unterfinanziert ist, um die Maßnahmen, die beschlossen werden, auch bis zum Jahr 2025 umzusetzen zu können. Es gebe heute bereits zwei Haushaltstitel und somit einen eigenen Etat für den Radverkehr. **Herr Polzin** weist auf die Tabelle auf S. 2 hin. Die Punkte 2, 6, 10, 12 und 15 seien jeweils kursiv dargestellt. Dies seien die Punkte, wo größere Beteiligungen vorgesehen sind, was sich auch im Beschluss widerspiegelt. Es werde jeweils 5 Regionalkonferenzen geben (Nord, Ost, Süd, West, Mitte). Dort können sich Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Weitere Beteiligungsmöglichkeiten sollen über das Internet geschaffen werden. Die Beiräte werden parallel zu den Steps die Möglichkeit bekommen, sich zu äußern. Die Deputierten werden ebenfalls fünfmal Gelegenheit bekommen, in der Deputation für das VEP zu diskutieren. Zudem soll ein „Beirat/Arbeitskreis“ das Projekt begleiten. Angedacht sei, je in der BBÜ vertretenen Fraktionen zwei VertreterInnen sowie die wesentlichen gesellschaftlichen Akteure (Handelskammer, ADAC, ADFC, BUND sowie - Einzelfall bezogen - weitere Akteure, wie z.B. das GVZ oder das Wirtschaftsressort, die Behindertenverbände oder die Wohnungswirtschaft) in diesen Kreis einzuladen. Es wird für zweckmäßig gehalten, den Personenkreis unter 20 Personen zu halten. Dieser Kreis solle jeweils vor der Bürgerbeteiligung und vor Deputationsbefassung die Möglichkeit erhalten, mitzuarbeiten.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass der Prozess der Besetzung des sog. Beirates noch nicht abgeschlossen ist. Hierzu seien noch weitere Abstimmungsgespräche notwendig. Die Besetzung werde in jedem Fall ausgewogen erfolgen.

Herr Pohlmann begrüßt, dass auch die Beirätekonferenz bereits Ende Januar 2012 über den VEP informiert werden soll. Das Instrument der Einbindung von Interessenvertretungen über einen weiteren Beirat/Arbeitskreis sei zu begrüßen. Diese Runde dürfe nicht zu groß werden, um arbeitsfähig zu bleiben, sie müsse ausgewogen besetzt sein und es dürfe niemand benachteiligt werden. An Deputierten und alle Fraktionen sollten sich Gedanken machen, wie man diesen Beirat entwickeln kann. Der Prozess werde sehr arbeitsintensiv werden und über zwei Jahre andauern. Insofern müsse sichergestellt werden, dass sich die einzelnen Akteure hierzu auch grundsätzlich bereit erklären.

Herr Strohmann hat den Anspruch, dass eine Versöhnung zwischen Umweltverbund und dem Güterverkehr erzielt werden soll. ADAC / ADFC seien sicherlich die richtigen Akteure im Bei-

rat. Ob aber BUND und Handelskammer die richtigen Ansprechpartner seien, wisse er nicht, weil dies übergeordnete Interessenorganisationen seien. Hierzu habe er noch Gesprächsbedarf. Seiner Auffassung nach sollten eher die Leute vor Ort, die sich mit dem Thema befassen, wie z.B. den Verkehrsgewerbeverband, mit einbezogen werden. In dem zu schaffenden Beirat dürften keine ideologischen Gräbenkämpfe geführt werden. Vielmehr müsse ein pragmatischer Ansatz verfolgt werden.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die von **Herrn Strohmann** angesprochene Versöhnung zwischen den verhärteten Fronten der Vergangenheit genau das Ziel dieses Prozesses sei. Der begleitende Beirat soll über den gesamten Zeitraum von zwei Jahren die Qualität des Prozesses sicherstellen. Dort gehe es nicht um die Vertretung spezifischer Interessen. Diese sehe er eher in den einzelnen Beteiligungsrounds mit den verschiedenen Verfahrensstufen. Das Ressort werde versuchen, die verschiedenen Gruppen einzubeziehen. Selbstverständlich werden z.B. die Verkehrsverbände auch mit eingebunden. Es sei noch zu prüfen, auf welcher Ebene dies erfolgen soll.

Herr Hipp befürchtet, dass ein VEP entstehen wird, der viele auch sehr wichtige Maßnahmen beschreibt, bei dem aber am Ende möglicherweise angesichts der schwerer werdenden Bedingungen für Bremen auf seinem Sanierungskurs die Umsetzung am Geld mangeln könnte. Hier sei es Aufgabe des Ressorts vorausschauend dafür zu sorgen, dass es am Ende eine Plan gibt, der auch umgesetzt werden kann und nicht einen Plan, der mit einem umfassenden Beteiligungsprozess entstanden ist und der dann in der Schublade verschwindet, weil kein Geld vorhanden ist.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass die Umsetzung bis zum Jahr 2025 erfolgen soll. Es sei nicht so, dass gar keine Investitionsmittel für Verkehrsprojekte vorhanden seien. Die Arbeit am VEP solle dem Ressort auch die Orientierung für die Schwerpunktsetzung sowie die künftigen Haushaltsberatungen erleichtern. Innerhalb des Ressorts und innerhalb des Wirkungsbereichs dieser Deputation werde man gefordert sein, ggf. interne Umschichtungen vorzunehmen, da Eckwerteausweitungen eher schwierig werden.

Herr Saffe sieht jede Bürgerin und jeden Bürger als Verkehrsakteur. Insofern sei deren Beteiligung ausdrücklich zu begrüßen.

Die Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Verfahren zur Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2020/2025 zu.

Die Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans um Berichterstattung über folgende Zwischenschritte:

- *Festlegung des Zielkonzepts*
- *Vorstellung der Ergebnisse der Mängel- und Chancenanalyse*
- *Vorstellung der Ergebnisse der verschiedenen Szenarien*
- *Vorstellung des VEP im Entwurf mit Umsetzungsstrategie*
- *Vorstellung des VEP im Entwurf nach Bürgerbeteiligung und Beschluss.*

- einstimmig -

TOP 12	Berichte der Verwaltung	
--------	-------------------------	--

TOP 12a)	Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht in der Steubenstraße -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Arndt erklärt, dass er sich mehr über das Verfahren beschwert habe. Er begrüße daher, dass es einen Ortstermin mit **Herrn Polzin** geben wird.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12b)	Internetportal zur Leitungserkundung -18-	BdV L/S schriftlich
----------	---	------------------------

Wie Land.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12c)	Service Center Bau in der Contrescarpe 72 -10-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Stachl berichtet über die aktuelle Kostenentwicklung im Zusammenhang mit dem Service Center. In dem Bericht wurde eine Kostenüberschreitung von ca. 9 % genannt. Nunmehr liege die aktualisierte Gesamtkostenschätzung des Architekturbüros vor, die darauf basiert, dass inzwischen einige Ausschreibungsergebnisse vorliegen, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes leider noch nicht vorlagen. Bei einigen Gewerken waren Einsparungen zu erzielen. Bei anderen Gewerken, insbesondere der Eingangssituation, komme es allerdings zu Kostenüberschreitungen. In der Summe liegen damit die Gesamtkosten um 20.000 € höher. Die Mehrkosten können innerhalb der Produktgruppe 68.90.01 gedeckt werden. **Frau Dr. Stachl** bittet darum, den Bericht mit dieser Ergänzung zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Viering erklärt, dass zusätzlich Liegenschaftskarten verkauft werden sollen (Auszüge aus Flurkarten). Diese Information war im Bericht noch nicht enthalten.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12d)	Übersicht der Mittelverwendung für kleine Projekte mit einem Fördervolumen bis max. 5000 Euro 1. aus dem Abgabenanteil aus Wetten und 2. aus Einnahmen der Umweltlotterie "BINGO" -20-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Die Deputation für Umwelt und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12e)	Wegeunterhaltung am Rodensee und Rodenfleet in Bremen-Arbergen -30-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Hipp bedankt sich für den Bericht. Er bittet um erneute Berichterstattung zu den einzelnen Bestandteilen der Maßnahme nach der Fertigstellung im Mai 2012. **Herr Senator Dr. Lohse** sagt dies zu.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12f)	Auswirkungen des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes auf die aktuelle Bauleitplanung -71-1-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Werner bedankt sich für den aufschlussreichen Bericht.

Herr Pohlmann bedankt sich ebenfalls. Er weist darauf hin, dass in der kommenden Sitzung der Bürgerschaft das von ihr selbst beschlossene, kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan 922 Thema sein wird. Es sei wichtig, diese Beschlüsse auch einzuhalten.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13)	Verschiedenes	
TOP 13a)	Planfeststellungsbeschluss zu Gleis 1	

Herr Gottschalk bittet um einen Sachstandsbericht.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass der Planfeststellungsbeschluss zu Gleis 1 seit einigen Tagen vorliegt. Bis zum 23.1.2012 bestehe die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen.

Herr Staatsrat Golasowski ergänzt, dass das Ressort im Verfahren zu Fragen des Lärmschutzes, des Schienenbonus sowie den sog. Auslöseschwellen Stellung genommen hat. Die Ausführungen des Ressorts zu einer Lärmschutzwand in der Hohenlohestraße seien berücksichtigt worden. Die Planfeststellungsbehörde habe mitgeteilt, dass die Punkte Schienenbonus und Auslöseschwellen im Planfeststellungsverfahren nicht geregelt werden können.

Dies müsse das Ressort akzeptieren. In den betroffenen Stadtteilen gebe es eine Diskussion darüber, ob die Stadtgemeinde einen Grund hat, gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen. Das Ressort stehe im Austausch mit den Beiräten Schwachhausen und östliche Vorstadt. Ein Ergebnis vermag er noch nicht vorher zu sagen.

Herr Gottschalk begrüßt die Entwicklungen in der Hohenlohestraße. Bei den betroffenen Beiräten gebe es eine große Unzufriedenheit. Insbesondere bestehe die Befürchtung, dass es Auswirkungen auf die Forderungen und Wünsche im Bereich der Oldenburger Kurve haben könnte, wenn man den Planfeststellungsbeschluss zu Gleis 1 so hinnimmt. Daher bittet er das

Ressort, in den Gesprächen mit den Beiräten eine offensive Prüfung hinsichtlich einer Klage zu signalisieren.

Herr Senator Dr. Lohse weist auf das schwierige Spannungsfeld hin. Grundsätzlich ist es Auffassung des Bremischen Senats, dass die Ertüchtigung dieser Gleisstrecken insgesamt im Bremischen Interesse ist. Wenn die vorgeschlagenen Schritte dazu führen, dass die Maßnahme sich erheblich verzögert, droht die Deutsche Bahn AG damit, diesen Bahngleis überhaupt nicht zu realisieren. Auch dies müsse in die Überlegungen mit einbezogen werden. Möglicherweise sei es sinnvoller, weitere Gespräche – nicht auf gerichtlichem Weg - mit der Bahn zu suchen.

Herr Gottschalk ist sich der schwierigen Situation bewusst. Es seien Einwände vorgebracht und im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses zurückgewiesen worden. Wenn es unterschiedliche Rechtsauffassungen gebe, sollte der Klageweg beschritten werden. Eine Klage sei nicht von vornherein als Affront gegen die Deutsche Bahn AG zu sehen.

Herr Pohlmann schließt sich dieser grundlegenden Einschätzung an. Es gebe gute Gründe für die Ertüchtigung der Bahngleise. Gleichzeitig gebe es die berechtigten Anliegen der Bevölkerung. **Herr Pohlmann** spricht dem Ressort die Unterstützung aus, den Weg zu gehen, und die Interessen der Menschen vor Ort wahrzunehmen. Zur weiteren Vorgehensweise müsse es im Senat einen Konsens geben.

Frau Dr. Schaefer hält eine weitere Prüfung ebenfalls für wichtig und richtig. Es sei ebenfalls wichtig, dass der Senat geschlossen hinter einer Prüfung und seinen möglichen Konsequenzen steht und gegenüber der Bahn AG ein geschlossenes Meinungsbild abgibt. Zudem bittet **Frau Dr. Schaefer** um Prüfung, ob es möglich ist, weitere Straßenzüge in das Lärmschutzfensterprogramm aufzunehmen. Zurzeit seien nur zwei Straßenzüge als „betroffen“ identifiziert. Tatsächlich gebe es möglicherweise noch weitere Betroffenenheiten.

Herr Senator Dr. Lohse bedankt sich für den Hinweis.

Herr Staatsrat Golasowski erklärt, dass die Stadtgemeinde nicht anstelle der betroffenen Bürgerinnen und Bürger klagen könne. Vielmehr müsse geprüft werden, ob die Stadtgemeinde durch den Beschluss belastet ist. Von der Beschreibung dieser Betroffenheit hänge ab, ob schlussendlich der Klageweg beschritten wird.


TOP 13b)	Grünes Klassenzimmer in der Botanika	
----------	--------------------------------------	--

Frau Dr. Schaefer bittet zu einer der nächsten Sitzungen um einen schriftlichen Bericht zum Grünen Klassenzimmer in der Botanika (Wie wird das Klassenzimmer angenommen?, Aufteilung zwischen Schülerinnen und Schülern aus Bremen und Niedersachsen).

TOP 13c)	Fahrplangestaltung der BSAG in Bremen – Nord	
----------	--	--

Herr Pohlmann bittet zur kommenden Sitzung um einen schriftlichen Bericht zur Fahrplangestaltung der BSAG in Bremen-Nord.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 7. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.



Vorsitzender



Sprecher



Protokoll